

18. DEZ. 1961



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

I/XVI/284 - 18. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Bitte keine "Eröffnungsarbeit" !</u> Das Parlament ist keine Nebenbühne Unser Volk braucht Klarheit	47
2 - 4	<u>Die Kaffeesteuer muss fallen.</u> Von Dr. Alex Müller, MdB	116
5 - 5a	<u>Sie wissen, was sie tun</u> Falsches Deutschland-Bild für die Schulkinder in der Ostzone	118
6 - 7	<u>Eine neue "Kampfgemeinschaft"</u> Zur Spaltung der "Deutschen Reichspartei"	122
7	<u>Aus den Zeitgeschehen:</u> <u>Einerseits, andererseits</u>	18

* * *
* *

Bitte keine "Tröpfchenarbeit" !

Das Parlament ist keine Nebenbühne - Unser Volk braucht Klarheit

sp - Durch Pressenotizen und Rundfunkmeldungen erfährt der interessierte Bundesbürger seit einigen Tagen, was die vierte Regierung Adenauer im kommenden Jahr an innenpolitischen Überraschungen für ihn vorbereitet. Man weiss, Bundesinnenminister Höcherl will die unter seinem Vorgänger Schröder verunglückte Notstandsgesetzgebung auf neuer Grundlage in Ordnung bringen, in einer Kombination von Wirtschafts- und Innenministerium wird die Ausgabe von Lebensmittelkarten vorbereitet und mehrere Ministerien beschäftigen sich mit organisatorischen und technischen Vorarbeiten für den Schutz der zivilen Bevölkerung im "Ernstfall".

Kun ist das alles in der erhöhten Krisensituation, in der sich Ost und West einander gegenüberstehen, durchaus verständlich. Die Techniker der Gesetzgebung müssen sich auf alle diese Probleme gründlich vorbereiten und gewisse "Planspiele" durchführen. Aber bedauerlich bei den jetzt allenthalben durchsickernden Nachrichten und Teilinformationen ist und bleibt die Tatsache, dass man "hörsen Orts" die Vorstellung zu haben scheint, alle anderen möglichen Leute, nur nicht die vom Volk gewählten Vertreter, dürfen in die vorzubereitende Gesetzesmaterie Einblick nehmen.

Bruchstückweise erfährt man zum Beispiel, der Schutz der Zivilbevölkerung solle sowohl im Rahmen von Dienstverpflichtungen, wie auch auf freiwilliger Grundlage organisiert werden. Dass hierzu handfeste Gesetze notwendig sind, leuchtet jedem ein; aber es geht nicht an, das Parlament eines Tages vor vollendete Tatsachen zu stellen, die vielleicht lediglich im Rahmen des ominösen Koalitionsabkommens zwischen CDU/CSU und FDP erörtert wurden. So sieht nämlich die Nachrichtengabe, die von einzelnen Ministerien ausgeht, zur Zeit aus.

Es ist auch nicht gut, wenn man einzelne bevorzugte Presseagenturen und Rundfunkstationen über die Vorhaben der Ministerien unterrichtet, anderen jedoch Nachrichten vorenthält, die ohne Zweifel von allgemeinem Interesse sind. Durch diese Methode wird der Gerüchtemacherei Tür und Tor geöffnet, was keineswegs dazu beiträgt, die für die korrekte Durchführung der Gesetzgebung notwendige sachliche Atmosphäre zu schaffen.

Wenn gelegentlich angedeutet wird, die von Herrn Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard verlesene Regierungserklärung Dr. Adenauers enthalte alle entscheidenden Hinweise für die grossen innenpolitischen Vorhaben der Bundesregierung - und das genüge eigentlich schon -, so möge man zur Kenntnis nehmen, dass auch schon in früheren Regierungserklärungen sogenannte Hinweise enthalten waren, die der praktischen Gesetzesarbeit im Parlament nicht standhielten.

Wir meinen daher, der Chef der Bundesregierung sollte endlich seinen Ressortministern nahelegen, anstelle der "Tröpfchenarbeit" eine solide und umfassende Vorbereitung der wichtigen und das Leben jedes einzelnen Bundesbürgers betreffende Gesetze treten zu lassen. Wenn die neuen Bundesminister und ihre Staatssekretäre glauben, sie erbringen ihren Befähigungsnachweis dadurch, dass sie halbfertige Projekte auf den Markt werfen, irren sie sich gewaltig. Gerade jetzt braucht unser Volk Klarheit.

Die Kaffeesteuer muß fallen

Von Dr. Alex Köller, MdB

Die Überschrift ist einem Artikel der Zeitschrift des Bundes der Steuerzahler entnommen, die nach den Bundestagswahlen erschienen ist. Er bezog sich bei seinem jüngsten Vorstoß gegen diese unpopuläre Steuer auf die Beschlüsse der vor wenigen Wochen zu Ende gegangenen Wirtschaftskonferenz der amerikanischen Länder in Punta del Este, die unter anderem der kritischen Lage in den kaffee-erzeugenden Ländern Süd- und Mittelamerikas gewidmet waren. Diese Beschlüsse ließen erkennen, daß die vom Bundesfinanzministerium zäh verteidigte Kaffeesteuer s wohl von den USA als auch von anderen amerikanischen Ländern heftig attackiert werden wird. Es sei deshalb nach Auffassung des Bundes der Steuerzahler richtiger, diesen Stein des Anstoßes aus der Welt zu schaffen, als die in Washington tagende "Kaffee-Studien-Gruppe" die Bundesrepublik mit einer Reihe von in Punta del Este bereits angedeuteten Maßnahmen gegenüber den amerikanischen Ländern in eine unangenehme Lage bringen würde.

Unabhängig von dieser neuerlichen Entwicklung haben die Sozialdemokraten bereits im 3. Bundestag nachdrücklich versucht, einen stufenweisen Abbau der Kaffeesteuer durchzusetzen. Mit den Freien Demokraten, die hoffentlich in diesem Punkt nach wie vor über die Freiheit verfügen, ihre bisherige Haltung beizubehalten, gelang es aber bisher nicht, einen solchen Mehrheitsbeschluß durchzusetzen. Deshalb hat die SPD in diesen Tagen im 4. Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Änderung und Aufhebung des Kaffeesteuergesetzes eingebracht, der das Ziel des stufenweisen Abbaues beibehält und den Vorschlag der völligen Aufhebung zum 1. Januar 1964 hinzufügt.

Das Bundesministerium der Finanzen gibt zur Finanzpolitik des Auslandes einen Informationsdienst heraus, der in der Nr. 47 eine international vergleichende Untersuchung über die Belastung des Kaffees durch Zölle, Verbrauchs- und Umsatzsteuern in den EWG-Staaten enthält.

Ein Blick auf unsere Nachbarn und EWG-Partner erweist sich mit Hilfe dieser Untersuchung als aufschlußreich: Belgien, Luxemburg und die Niederlande erheben weder eine Verbrauchsteuer noch Zoll auf Kaffee. Die beiden erstgenannten Staaten begnügen sich mit einer Belastung in Form der Umsatzsteuer, die indessen auch nur rund ein Fünftel unserer Umsatzsteuer ausmacht, während die Niederlande selbst auf diese Steuerquelle

verzichten. Gegenwärtige Steuerbelasten des Kaffeeverbrauchs sind in dieser Abgrenzung die Bundesrepublik, Frankreich und Italien, wobei unser Land die höchste Gesamtbelastung aufweist. Es ergibt sich nach den Berechnungen des Bundesfinanzministeriums folgendes Bild:

Staat	Belastung von 1 kg Röstkaffee			
	Zoll	Verbrauchssteuer	Umsatzsteuer insgesamt	
<u>1. Bundesrepublik Deutschland</u>				
a) Belastung in DM	125	450	127	702
b) Abgabeart in vH				
d. Ges. Belastung	17,8	64,1	18,1	100
<u>2. Frankreich</u>				
a) Belastung in DM	75	22,70	121,5	219,20
b) Abgabeart in vH				
d. Ges. Belastung	34,2	10,4	55,4	100
<u>3. Belgien</u>				
a) Belastung in DM	-	-	22,5	22,50
b) Abgabeart in vH				
d. Ges. Belastung	-	-	1	100
<u>4. Luxemburg</u>				
a) Belastung in DM	-	-	27,80	27,80
b) Abgabeart in vH	-	-	1	100
<u>5. Niederlande</u>				
a) Belastung in DM	-	-	-	-
b) Abgabeart in vH	-	-	-	-
d. Ges. Belastung	-	-	-	-
<u>6. Italien</u>				
a) Belastung in DM	52	400	9,5	542,50
b) Abgabeart in vH				
d. Ges. Belastung	9,6	73,7	16,7	100

Frankreich bevorzugt eine extrem niedrige Verbrauchssteuer und einen vergleichsweise hohen Zoll auf Kaffee neben einer recht hohen Umsatzsteuer; alles das aber gegenüber unserer Besteuerung mit dem Ergebnis einer weitaus geringeren Gesamtbelastung. Was Italien mehr an Kaffeesteuer erhebt, gleicht der geringere Zoll auf Kaffee-Einführen annähernd wieder aus.

Frankreich und Italien erheben bei der Einfuhr ^{eine} Pauschal-Umsatzsteuer, durch die sämtliche Lieferungen vom Importeur bis zum Konsumenten umsatzsteuerlich abgegolten werden. Bei uns wird die Umsatzsteuer jeweils vom Erlöskontingent in jeder Umsatzstufe erhoben; deshalb liegt im Vergleich zu Italien unsere Umsatzbelastung höher. Ein Vergleich mit dem französischen System der Mehrwertsteuer dagegen läßt sich nicht vornehmen.

Maßgeblich bleibt aber allein die Tatsache, daß die steuerliche Gesamtbelastung in Frankreich nur 31,2 v.H. und in Italien 77,5 v.H. unse-

rer Kaffeebelastung ausmacht, während die obere Grenze der Belastung bei Luxemburg 4 v.H. und bei Belgien 3,2 v.H. beträgt. Der Verbrauch in den Niederlanden ist belastungsfrei. Das Schwergewicht der steuerlichen Belastung liegt in der Bundesrepublik mit fast zwei Dritteln bei der Verbrauchssteuer. Im übrigen muß auch gesagt werden, daß die Kaffeesteuer einen lebensnotwendigen Bedarf der Bevölkerung belastet, und das umso fühlbarer, je weniger Einkommensteile ein Haushalt für diesen Verbrauch verfügbar hat. Es dürfte durchaus in Frage gestellt sein, ob in Anbetracht der gegenwärtigen Lebensgewohnheiten der Kaffee etwa dem Verbrauch an Alkoholgetränken gleichzustellen ist. Gemessen an der Einfuhrquoten pro Kopf der Bevölkerung hat der Kaffeeverbrauch in den EWG-Staaten folgendes Ausmaß erreicht:

Belgien	6,3 kg	Frankreich	4,3 kg
Luxemburg	6,3 kg	Bundesrepublik	3,5 kg
Niederlande	4,6 kg	Italien	1,7 kg

Am durchschnittlichen Einfuhrwert gemessen, übertrifft allerdings die Bundesrepublik die übrigen Vergleichsländer bei weitem.

Sicherlich hat der Kaffee nicht oder nicht mehr die Stellung eines "gehobenen" oder gar Luxusverbrauches, der eine besondere Steuerbelastung verdient. Die gesteigerte Beanspruchung am Arbeitsplatz, im Verkehr und in vielen Lebensbereichen unseres hektischen Zeitalters hat den Kaffeekonsum in fast allen Kreisen der Bevölkerung nahezu zum Zwangsbedarf werden lassen. Selbst für unsere Alten hat das Päckchen Kaffee seine Anziehungskraft. Ausser der unsozialen Wirkung einer hohen Verbrauchssteuerung müssen bei einer neuen Entscheidung des Gesetzgebers die wirtschaftspolitischen Gesichtspunkte der EWG berücksichtigt werden.

An die künftige Gestaltung unseres Verbrauchsteuersystems appellieren die Notwendigkeit einer weitgehenden Steuerangleichung innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, letztlich aber auch der Standpunkt der mit der EWG assoziierten Staaten, die für ihr hauptsächlichstes Ausführprodukt den Abbau beziehungsweise die völlige Beseitigung der steuerlichen Belastung in den EWG-Einfuhrländern gefordert haben.

Es kann keinen Zweifel unterliegen, dass sich der stufenweise Abbau der Kaffeesteuer unter Beachtung aller Voraussetzungen einer verantwortungsbewussten Finanz- und Steuerpolitik vertreten lässt. Dabei sollte man nicht übersehen, dass selbst nach Fortfall dieser Verbrauchssteuer 200 kg Röstkaffee in der Bundesrepublik immer noch durch den Zoll und die Umsatzsteuer mit 252,- DM belastet bleiben. Das ist dann noch etwas höher als die Gesamtbelastung einschliesslich Kaffeesteuer in Frankreich mit z.Zt. 219,20 DM.

Sie wissen, was sie tun

ar - Die Ereignisse nach dem 13. August 1961 haben deutlich gemacht, daß der Partei-Kaier Mitteldeutschlands beginnt, die "Lassination seiner "Sozialistischer Errungenschaften" richtig einzuschätzen. Aus dem Fehlschlag der Bemühungen, die erwachsene Zonenbevölkerung für den sowjetischen Satellitenstaat zu gewinnen, zog die SED sofort weitere Konsequenzen. Stärker als je zuvor zielt jetzt die Erziehung der mitteldeutschen Jugend darauf ab, durch die manipulierte Identifizierung mit dem System ein Staatsbewußtsein zu wecken. Außerdem will das Zentralkomitee der SED erreichen, daß die Bereitschaft zu persönlichem Einsatz bei gleichzeitiger Unterordnung aller individuellen Interessen unter die politischen Prinzipien des Marxismus-Leninismus gesteigert wird.

Die Funktionäre in Ost-Berlin haben erkannt, daß das Regime nur vor dem inneren Zusammenbruch zu bewahren ist, wenn es gelingt, die Jugend ganz in die Hände zu bekommen. Deshalb wird der Stacheldraht der Spaltung nicht nur entlang der Zonengrenze, sondern auch mitten durch die Vorstellungswelt der Kinder im sogenannten Arbeiter- und Bauernstaat gespannt.

Erziehung zum Haß

"Es ist erforderlich, die Jugend mit Haß gegen die Feinde unseres Aufbauwerkes zu erfüllen", ist die Maxime des neuen Kurses im ostzonalen Erziehungswesen, die von Rudi Z e c h e r , dem Referenten im Ministerium für Volksbildung in Ost-Berlin, unmißverständlich ausgesprochen wurde. Die "Feinde des Aufbauwerkes" zu finden sind, erfahren die Kinder aus ihren Lehrbüchern, die in 1,6 Millionen Schulklassen täglich durch die Straßen der Städte und Dörfer Mitteldeutschlands geschleppt werden.

Keinem dieser Bücher fehlt der politische Bezug. In rund 9000 Grundschulen wiederholen elfjährige Kinder Tag für Tag, was über die Bundesrepublik in ihrem "Lehrbuch der Erdkunde für die 5. Klasse" geschrieben steht, zu dem Otto K a s e das von der "Verlagsabteilung Brückunde" und Kurt P e t z w a l l bearbeitete Manuskript schrieb.

Mit Erdkunde im landläufigen Sinn hat das Lehrbuch nichts zu tun. Im Wesentlichen beschränkt es sich darauf, primitive Klischees und die Vorzüge der "DDR" im Bewußtsein der Kinder zu fixieren. Im Kapitel über die deutschen Nordsee-Inseln liest sich das so:

"Der Fremdenverkehr bildet die Haupteinnahmequelle für die Bevölkerung. Aber welche ein Gegensatz besteht zwischen einem dieser Badeorte und denen an unserer Ostseeküste. Bei uns gehören die schönsten Hotels den DDR. In ihnen können unsere Werktätigen für wenig Geld unbeschwert ihren Urlaub verbringen. Aber kein westdeutscher Arbeiter kann in den Nordsee-Bädern, wie auch in allen anderen westdeutschen Kurorten, die Wucherpreise bezahlen, die von den Hotelbesitzern gefordert werden. Die Luxus-Hotels sind nur den reichen Nichtsorn vorbehalten. Es wundert uns auch nicht, daß hier keine Ferienlager für die Kinder der Werktätigen geduldet werden, wie wir sie in unserer Republik kennen. Für die Ferienerholung der Kinder gibt die westdeutsche Regierung kein Geld aus."

Unter der Überschrift "Ereignis und Bremerhafen - Stützpunkte der amerikanischen Besatzungsmacht" erfahren die Schüler, daß in den Häfen der beiden Städte "trotz heftiger Proteste der Bevölkerung Truppen, Atomraketen, Geschütze und Panzer ausgeladen werden, mit denen die amerika-

nischen Kriegstreiber von Westdeutschland aus das Lager des Sozialismus und damit den Frieden der Welt bedrohen".

Auch an der Erwähnung von Erdölvorkommen in Niedersachsen lassen sich eine Reihe von trüchtigen Gedanken aufhängen: da ist einmal die Feststellung, daß die Ölequellen und die Anlagen großen Kapitalisten gehören, vor denen die westdeutschen Arbeiter ausgebeutet werden. Selbstverständlich folgt dem eine weitschweifige Auslassung über Erdölfunde in der "DDR" und die Tatsache, daß die befreundete Sowjet-Union den größten Teil des Erdölsarfs der Zone liefert.

Wie sie lügen

Über Schleswig-Holstein berichten Verfasser und Bearbeiter den Kindern, daß dort die Umsiedler ein "eigenes und freundl. sos. Leben" führen, da die westdeutsche Regierung sie durch Unzufriedenheit und Not zu einem Krieg bereitmacht will. Viel, viel besser gehe es hingegen den Umsiedlern in der "DDR", wo sie meistens Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften geworden sind: "Es geht ihnen s. gut bei uns wie allen Menschen in unserer Republik!"

Selbstverständlich nimmt das rheinisch-westfälische Industriegebiet einen weiten Raum ein, denn das Partei-Chinesisch läßt sich nirgendwo so gut anbringen wie bei "Großkapitalisten, auch Marx p. lhorren genannt, die mit den K. nopolherren der USA zu den gefährlichsten Kriegstreibern der Welt gehören". Weiter macht der Verfasser den Kindern weiß, daß die KPD deshalb in Westdeutschland verboten worden sei, weil sie die Forderungen der Arbeiter nach einer Enteignung der Großunternehmen vertreten habe. "In einem geeinten, demokratischen und friedliebenden Deutschland werden die riesigen Werke in der Hand des Volkes den friedlichen Aufbau dienen". Damit ist deutlich angesprochen worden, wie sich Pankow die Wiedervereinigung vorstellt.

Das anschließende Kapitel "Kriegsflugzeuge und Atomkanonen in der Pfalz" beschäftigt sich in keinem Wort mit der erdkundlichen Situation des Landes, "Flugplätze, amerikanische Atomkanonen, Raketenwaffen der Bundeswehr und Abschußsachen für Fernwaffen, welche die Kriegstreiber gegen unsere deutsche demokratische Republik und die völkischen bratistischen Länder einsetzen wollen. Aber die Armeen der sozialistischen Staaten werden zurückschlagen."

Erläutere Begriffe hageln auf die Köpfe klüglicher Kinder nieder. Der Rhein-Main-Flughafen wird zur Drehscheibe des T des, weil die westdeutsche Regierung amerikanischen Flugzeugschwärmern v. n. ert aus dem Überfall auf friedliebende Länder ermöglicht. Passau wird deshalb immer wieder von Hochwasserkatastrophen heimgesucht, weil "die kapitalistische westdeutsche Regierung die Steuergelder der Werktätigen für den Kauf von Atomraketen und Düsenjägern ausgiebt, anstatt wirksame Maßnahmen zum Schutz gegen die Überschwemmungen durchzuführen".

Wie lange noch?

Gewiß, die Grundschüler in Mitteldeutschenland sehen und erfahren selbst, wie wenig Lehrstoff und Wirklichkeit - soweit das die Zone betrifft - einander decken. Sie hören die bittere Kritik ihrer Eltern, und wenn Kindesliebe und natürlicher Anstand noch nicht vom Flichtgefühl der "jungen Pioniere" überwuchert sind, werden sie ihre Angehörigen auch nicht denunzieren. Wie lange aber wird das noch so sein? Die stete Wiederholung macht die Lüge schließlich zur Wahrheit, und wenn sich nicht bald das getrennte zusammenfindet, werden sich die Erwachsenen v. n. Lügen und drüber in ein paar Jahren nicht mehr verstehen. Denn die Politruks für Erziehung in Ost-Berlin wissen, was sie tun.

Eine neue "Kampfgemeinschaft"

wp - Schneller als erwartet wurde am Sonntag in Darmund die Spaltung der "Deutschen Reichspartei" vollzogen. Eine Gründungsversammlung rief die "Nationale Kampfgemeinschaft" ins Leben. Der Gründungsparteitag soll Mitte Januar in Hagen erfolgen.

Manche der neuen DRP-Vorsitzende von Thadden erffangen noch hoffen, es werde mit dem Austritt seiner Gegner sein Bewenden haben, so wird ihm jetzt klar sein, daß hinter der Revolte mehr steckt und daß seine Partei in den kommenden Wochen vor die Zerreißprobe gestellt werden wird. Denn die meisten Unzufriedenen haben ihren Austritt noch nicht erklärt und die Initiatoren der Neugründung besaßen im Führungsstab der DRP Spitzenpositionen: Prof. Dr. Kunstmann war bis zum 2. Dezember Parteivorsitzender, Dr. Uekar Lutz war Stellvertretender Vorsitzender, desgleichen Werner Gekardt. Zu den Abtrünnigen gehören ferner die Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie führende Vorstandsmitglieder aus den Landesverbänden Schleswig-Holstein und Bayern.

Ob aus dem Gefüge der DRP tatsächlich entscheidende Teile abbröckeln werden, ist indessen im Augenblick noch nicht recht zu überschauen. Wie es heißt, sind die zahlenmäßig stärksten Landesverbände Niedersachsen (deren Landesvorsitzender von Thadden ist), Baden-Württemberg und Hessen nach wie vor intakt. Es bleibt daher abzuwarten, ob sich die Hoffnungen der Neugründer erfüllen werden, nennenswerte Teile der DRP an die Kampfgemeinschaft heranzuziehen.

Inzwischen hat die neue Parteiführung zu verstehen gegeben, daß sie einen außenpolitischen Kurswechsel nicht beabsichtige, der einer der Hauptgründe - neben der persönlichen und politischen Abneigung gegen von Thadden - für die Austritte war. Die Abtrünniger erwarteten von der Übernahme des Parteivorsitzes durch von Thadden eine Änderung der offiziellen Partei im Sinne der "Deutschen Wochenzeitung" - bei der von Thadden und sein Kreis maßgeblichen Einfluß besitzt -. Die Zeitung tritt seit einiger Zeit für eine Anlehnung an den Westen und für De Gaulles "Europa der Vaterländer" ein, während die offizielle Parteilinie nach wie vor die Herstellung eines neutralistischen, Bündnisfreien Deutschlands verlangt, das der NATO den Rücken kehrt. An dieser Linie will die Parteiführung unter von Thadden, wie sie versichert, vorerst nichts ändern.

Innerhalb der DRP-Führung ist man sich offensichtlich darüber klar, daß die entstandene Krise nicht zuletzt auch auf das schlechte Abschneiden der Partei bei der letzten Bundestagswahl zurückzuführen ist. Man sieht sich dort in einer ähnlichen Lage wie 1949, als die extremistischen Kreise zur "Sozialistischen Reichspartei" übergingen. Auch diesmal befinden sich zu einem nicht geringen Teil ehemalige DRP-Funktionäre unter den Anführern. Der Kreis um von Thaden gibt sich indes diesmal zuversichtlicher. Nach dem Auftreten des 40-köpfigen Gründungskreises in Dortmund, mit dem übrigens auch der frühere NS-Gauleiter Vetter in Verbindung gebracht wird, dessen Ehefrau in Regensburg ein nationalistisches Blättchen "Nationaler Beobachter" herausbringt, erscheint der Optimismus etwas verfrüht. Es ist nicht undenkbar, daß eine extremistische Partei im Entstehen ist, die stärkere Ähnlichkeit mit der vorerwähnten "Sozialistischen Reichspartei" besitzt. Man wird die Entwicklung der "Kampfgemeinschaft" mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen.

* * *

Einerseits, andererseits

N.N. Dieser Tage starb in Bonn der Vorsitzende der Bonner Synagogengemeinde, ein alter Herr von 79 Jahren, angesehen in der Stadt, damals in den alten Zeiten wie auch in den letzten Jahren, Mitglied zahlreicher Vereine, Frontkämpfer des ersten Weltkrieges und - vom Dritten Reich ins KZ geschickt.

Am Grabe dieses Mannes wurden Reden gehalten, schöne und würdige und ernste Reden. Das Schlichteste und das Schönste sagte Dr. Dantals, der Oberbürgermeister der Stadt Bonn. Er bat alle Juden, die noch in Bonn leben und mit am Grabe standen (es waren nicht sehr viele) um Vergebung für alles, was ihnen in der Stadt Bonn zugefügt wurde.

Und am selben Tag, wahrhaftig an genau demselben Tage teilte die Stadt Bonn der Öffentlichkeit mit, daß dem früheren Nazi-Bürgermeister der Stadt Bonn eine Pensions-Nachzahlung von 54.000 Mark ausgezahlt werden mußte. Es war der Oberbürgermeister, in dessen Amtszeit (1953 bis 1954) alles das geschehen ist, wofür der Oberbürgermeister von heute die Lebenden, die übriggebliebenen um Vergebung bat.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel